

Berliner Gerichts-Zeitung

Tageszeitung für
Handel, Industrie,

Politik, Rechtspflege,
Kunst, Litteratur etc.



Erscheint
täglich früh, mit Ausnahme der Tage
nach den Sonn- und Festtagen.
Preis für Berlin frei ins Haus
monatlich 1 M.
auswärts bei den Postanstalten vierfach. 3 M.
Postleitzahl: Nr. 1005.
Einzelne Nummern in Berlin 5 Pf.
Richt bestellte Manuskripte werden nicht
zurücksandt.

Inserate:
pro Petit-Zeile 40 Pf. Stellen-Gesuche und
Angebote pro Zeile 20 Pf.
Redaktion und Expedition:
Gimmerstraße 34.
Telephon: Amt 1a, Nr. 5120.

Sendungen für die Redaktion und den
Verlag der "Berl. Ger.-Ztg." sind nach
Gimmerstraße 34 zu adressieren.

Das Gesetz unsre Waffe, Gerechtigkeit unser Ziel.

Nr. 58.

Berlin, Donnerstag, den 10. März 1898.

46. Jahrgang.

Hungersnot in Spanien.

Den bereits gemeldeten Unruhen in Salamanca aus Anlaß der Brotversteuerung sind neue Aufforderungen in Valladolid, Avila, Segovia, Asturias, Alba de Tornos, Medina de Rioseco und andern Orten gefolgt, und die Regierung hat sich, um einem Aufstand der Bevölkerung möglichst zuvorzukommen, bereit, den Zoll für Getreide einzustellen auf 6, den für Mehl auf 10 Pesetas die 100 Kilo herabzusetzen und die Durchgangsgebühr ganz aufzuheben, so lange auf den katalanischen Märkten der Durchschnittspreis für Getreide nicht niedriger als 27 Pesetas ist. Fällt er unter 27 Pesetas, so treten die alten Zollsätze wieder in Kraft, aber ohne Durchgangsgebühr. Für diese eigenmächtige Maßregel muß die Regierung natürlich bei den neuen Cortes um die nachträgliche Genehmigung einkommen. Damit ist aber die Frage noch nicht gelöst, denn es handelt sich ja nicht nur um die zu hohen Brotpreise, sondern es fehlt auch an Arbeit. Wenn die Leute kein Geld verdienen, kann der Preis noch so billig sein, sie werden doch not leiden. Daraus muß Hand in Hand mit der Heraussetzung des Zolls — am wichtigsten wäre seine zeitweilige völlige Belebung, sinnvoller der Wechselkurs schon einen Schutz von ein Drittel des Wertes gewährt — die Gnangriffnahme von öffentlichen Arbeiten gehen, die den Hungerrigen den Erwerb von Brot überhaupt erst ermöglichen. Sonst verfehlt der Beschluß, wie gesagt, seinen Zweck. Und erst dann, wenn das dringendste Bedürfnis gestillt ist, wird es Zeit sein, alte und moderne Theorien zu erörtern, wie den Lebel abzuhelfen ist; denn der Hunger hat nun einmal die Eigentümlichkeit an sich, daß er keinen langen Aufschub verträgt. Voraus kann man nur sagen, daß die ja auch von unseren deutsehen Agrarierin aufgestellte Behauptung, daß hohe Getreidepreise eine Erhöhung der Hungersnot zur Folge haben müssten, durch die jetzigen Vorgänge in Spanien völlig au absurdum geführt wird. Daher fordern denn auch diejenigen, die früher den Getreidegoll nicht hoch genug bekommen konnten, jetzt allgemein die Heraussetzung. — Durch die Krise im Weinengeschäft, durch den riesig gestiegenen Wechselkurs, durch den kostspieligen Kolonialkrieg usw. ist in Spanien in wirtschaftlicher Hinsicht ein katastrophaler Zustand eingetreten, dessen alter Charakter in obigen Ausführungen zu Tage tritt. Viele Industriezweige leiden, das Kapital zieht sich zurück oder sucht die übermäßige Verzinsung, die ihm vom Staate geboten wird, die meisten Familien sehen sich genötigt, ihre Ausgaben einzuschränken, und die nächste Folge ist naturgemäß ein Niederschlag an Arbeitskraft, d. h. eine Verminderung des Lohnes. Ist der Preis des Getreides in gleichem Verhältnis herabgegangen? Zu Gegenseit, er ist gestiegen, da er ja von ganz anderen Faktoren abhängt. Und darin und in dem von den Aufkäufern getriebenen unerhörten Kornwucher — es handelt sich, wie die "Köln. Ztg." hierzu bemerkte, nicht um Juden, sondern um Leute, die jeden Tag zur Messe gehen — liegt die Ursache der gegenwärtigen schlimmen Lage, bei der man gut thun wird, der Worte eingedenkt zu bleiben: "Gesetz ist mächtig, mächtig ist die Not!"

Zur Lage in Ostasien.

Die Ruhehaltung und Ausregung der politischen und Börsenkreise in England über Russlands Vorgehen in China ist im Steigen. Die Londoner Blätter zählen die Sünden aus dem Register der böswilligen russischen Vorstöße gegen England auf und betonen die Rotwendigkeit, den Grundzug der "offenen Thür" im fernen Osten, der die Grundlage des Vertrages von Tientsin bildete, aufrechtzuhalten. Die praktische Schlussfolgerung bleibt jedoch aus, und zwischen den Zeilen steht die Frage, ob es besser sei, Russland Widerstand zu leisten oder die Auseinandersetzung Chinas mitzumachen. "Daily Chronicle", das Organ des linken Flügels der Opposition, tritt am entschiedensten auf und befürwortet die Unterstützung Lord Salisbury's. Es erklärt, die allgemeine Empfindung des Landes sei, daß der Zeitpunkt herannahre, wo das Zusammengehen der zwei großen Macht faktoren der europäischen Politik, der englischen Flotte und des deutschen Heeres, wahrscheinlich werde. Eine Datzmeldung aus Shanghai schöpfte angeblich aus einer Quelle die Angabe, Japan werde in Ermangelung sicherer Garantien bei Kaiser Wilhelm nur unter der Bedingung rütteln, daß eine britische Besetzung dort eintrrete, so lange Russland in Port Arthur bleibe. Dadurch, daß Japan diesen Standpunkt vertreten soll China bestimmt worden sein. Russland das Ansuchen zur Räumung von Port Arthur zu stellen.

Eine neutrale Meldung aus Peking vom 8. d. M. teilt mit: Die russischen Forderungen verursachten große Erregung

in der japanischen Gesellschaft. Es heißt, der japanische Gesandte habe mehrere Verhandlungen in Chung-ki-Hamen gehabt, in denen er darauf gedrängt wurde, daß die russischen Forderungen abgelehnt werden möchten. Politiker, welche mit den Verhältnissen in Ostasien vertraut seien, hielten die Krise für sehr ernst; werde Japan in Wei-hai-wei wohl schwierig räumen; die Botschaft hat sich für die erste Woche mit dem japanischen Gesandten verabschiedet, der erklärte, daß der russische Gesandte die Forderungen auf paktive Weise Überlassung von Port Arthur und Taiwan am 3. d. M. vorgelegt und bis zum 8. d. M. eine definitive Antwort verlangt habe. Die Stelle auf den Abschluß der deutsch-englischen Handels-Mitsch. Bezug nahm als Beweis für die wohlwollende Gefügung Chinas gegenüber England und für die Tüchtigkeit des englischen Gesandten in Peking und zu verstehen gab, daß die Russen einen politischen Charakter habe, wird jetzt von den französischen Geschäftsträgern angeführt, um die französischen Forderungen auf Kommissionen in Gestalt von Gewährung politischen Vorteils in Südchina zu unterstützen.

Nach einer Meldung der "Times" aus Odessa vom 6. d. M. geht der Kreuzer der freiwilligen Flotte "Cherson" am 13. d. M. mit über 2000 Mann, Geschützen, Munition und Garnisonvorrat nach Ostasien ab. Die "Times" meldet weiter: Da solcher Art werden Truppen aus Süd-Australien nach Ostasien befördert, daß das Transportvermögen der Kreuzer der freiwilligen Flotte hierfür nicht ausreicht; die Regierung hat deshalb die Verwendung französischer Dampfer vereinbart. Der erste französische Transport-Dampfer geht in vierzehn Tagen mit etwa 2000 Mann ab.

Zu dem wirtschaftlichen Aufruhr zur Sammlung, dessen Veröffentlichung unmittelbar bevorstehen soll, und der auch die Unterschrift des größten Teiles der parlamentarischen Vertreter der nationalliberalen Partei tragen wird, hat der Central-Vorstand und die vereinigten Fraktionen der nationalliberalen Partei des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses in gemeinschaftlicher Sitzung am Montag folgende Erklärung abgegeben beschlossen: "Wir wollen die Politik der wirtschaftlichen Sammlung, welche zum Schutz der nationalen Arbeit die Interessen der Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe zu vereinen und die mittleren, ihnen gemeinsam förderliche Linie zu finden sich bemüht, auf das wirtschaftliche Unterstüzen, können aber darüber die Selbständigkeit unserer Partei sowie die nationalen, idealen und liberalen Anschauungen, aus denen unsere Partei erwachsen ist, nicht in den Hintergrund drängen lassen. Wir erblicken in dem wirtschaftlichen Aufruhr einen wertvollen Schritt zur Herbeiführung einer Einigung der verschiedenen Interessen in Berecht der Handelsvertreter. Auch wir sind der Überzeugung, daß bei dem Abschluß künftiger Handelsverträge die Interessen der Landwirtschaft besser gewahrt werden müssen als bisher, müssen aber andererseits auch fordern, daß den Vertrüßen der Industrie und des Handels nach Handelsverträgen mit längerer Gültigkeitsdauer Rechnung getragen wird. Nur auf diesem Boden halten wir die Politik der wirtschaftlichen Sammlung für möglich und reziprozisch. Die Auslegung, welche dem Aufruhr in anderem Sinne gegeben werden kann und bereits gegeben worden ist, nötigt uns, die unserer hierdurch festzustellen. Wir wissen uns in dieser Auslegung der Politik der Sammlung und der mit derselben zu verbundenen Zwecke einzig mit denjenigen unserer Freunde, welche den Aufruhr unterzeichneten. Central-Vorstand der nationalliberalen Partei. Dr. Hammacher. Dr. Bürlin. Simon. — Vorstand der nationalliberalen Fraktion des Reichstages. Bassermann. Dr. v. Pannigsen. Dr. Bürlin. Dr. v. Eich. Dr. Hammacher. Dr. Damm. — Vorstand der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses. Dr. v. Eich. Dr. Ennecerus. v. Eichner. Dr. Hammacher. Hobrecht. Holtermann. Jürgens. Knebel. Dr. Krause. Dr. Sattler. Schäffer.

Politischer Tagesbericht.

Deutsches Reich. — Wir bezeichnen es fürztlich als eine sichere Wirkung der Prozeß-Dreyfus und Bolla, daß durch dieselben den Elsass-Lothringern jedenfalls ihre letzten Sympathien für Frankreich benommen werden. Eine Bestätigung dieser Annahme finden wir jetzt in einer Straßburger Korrespondenz der "Köln. Ztg.". Darin heißt es: "Im Elsass kommen die Gemüter noch nicht zur Ruhe über die Entwicklung der Dreyfus-Angelegenheit. Ihr verlegt hat die barbarsche Behandlung des jedenfalls in geschwider Weise verurteilten Dreyfus, ärger die harnäckige Weigerung der französischen Regierung, der Gerechtigkeit leit freien Lauf zu lassen, und die Verfolgung der ehemaligen Dreyfus-Verteidiger, am ärgsten aber die Hetze gegen die Elsässer, die den Schluß des ganzen Dramas bildete. Besonders empört ist man natürlich in jüdischen Straßburg. Die Juden sind im Elsass, und besonders auch in Straßburg, zahlreich und meist recht wohlhabend, eine in ihrer Bedeutung durchaus nicht zu unterschätzende Klasse. Es

ist nun manchem Beobachter bereits aufgefallen, daß gerade in ihren Kreisen mit Vorliebe die Verbindung mit Frankreich aufrechterhalten wurde, wie denn auch die Auswanderung aus ihrer Mitte eine nicht unbedeutende war. So war es keine Seltenheit, daß junge elsißische Juden von ihren Eltern nach Frankreich geführt wurden, um dort in die Armee einzutreten oder sonst ihr Glück zu versuchen; und auch zu Hause pflegte man mit Vorliebe französische Sprache und Sitte. Für diese treue Anhänglichkeit haben die elsißischen Juden in der sich an den Dreyfus-Handel anschließenden Juden- und Elsässerheze die Quitting erhalten. Aber nicht nur in den jüdischen, sondern in allen elsißischen Kreisen ist dadurch auf die alte Freundschaft ein starker Fleiß gesessen. Man fragt an, sich französisch gegenüber gegenüber fremd zu fühlen, und in Kreisen, die früher nur mit Widerwillen von Deutschland sprachen, hört man jetzt zunehmend das kleinante Geplänklein: "So etwas wäre doch in Deutschland und in Berlin unmöglich gewesen."

— Die deutsche Handelsstatistik hat im Laufe der Jahre manche wichtige Verbesserung und Erweiterung erfahren. Die Wertberechnung der Ein- und Ausfuhr, die seit dem Jahre 1880 in die regelmäßigen Veröffentlichungen des Statistischen Amtes aufgenommen worden ist, in ihren Grundlagen vervollkommen worden; seit dem Jahre 1892 werden auch von Vierteljahr zu Vierteljahr vorläufige Wertberechnungen ange stellt und veröffentlicht. Es wäre zu wünschen, daß das Statistische Amt in der Ausbildung unserer Handelsstatistik noch einen weiteren Schritt thäte, indem es bei den vorläufigen Wertberechnungen, wenn auch nicht von Vierteljahr zu Vierteljahr, so doch wenigstens am Schluß jedes Jahres, auch eine vorläufige Statistik des auswärtigen Handels mit den einzelnen Ländern aufstelle. Diese Statistik könnte regelmäßig bereits Ende Januar für das abgeschlossene Jahr fertig gemacht und veröffentlicht werden, während die Zahlen der definitiven Wertberechnung in der Regel doch erst in der zweiten Hälfte des Jahres zur Veröffentlichung gelangen.

— Wie "La Dépêche Coloniale" meldet, sind infolge der Vereinigung des sogenannten Monde-Dreiecks mit Togo von zwölf großen Handelshäusern von Grand-Popo neu im Begriff, nach dem deutschen Kaiser des Monde überzujiedeln: zwei andere wollen einfach ihre Comptoirs schließen.

Prußen. — Der westfälische Landtag hat am 8. d. M. die verlangten 17 % der Gesamtgarantie für den Mittellandkanal fast einstimmig bewilligt bei Übernahme der Hälfte durch die Stadt Minden.

— Dem "Dziennik Poznański" in Polen wird aus Berlin folgendes gemeldet: "Soben ist ein geheimer Wiener Journal erschienen, der die Provinzialbehörden auffordert, alle polnischen Volksbibliotheken der ganzen preußischen Monarchie eingehend auf das strengste zu revisieren und fortgefeiert zu kontrollieren." Das der "Soben" erschienene "geheime" Ministerialerlaß bemerken hierzu die "R. N. R." sehr richtig — sofort in dem Posener polnischen Blatte veröffentlicht wird, ist eine Leistung, um die der "Vorwärts" den "Dziennik" beweisen wird. Es ist dies aber zugleich wiederum eine Kritik der "Geheimlichkeit". Wäre der Erlaß sofort amtlich im "Staats-Anzeiger" veröffentlicht worden, so hätte dies zweifellos einen trefflichen Eindruck bei allen guten Deutschen und einen ungleich tieferen Eindruck bei den Polen hervorgerufen — jetzt hat man den Schaden und den Spott der Polen dazu.

B. W. C. — Der Rücktritt des preußischen Kultus-Ministers Dr. Bosse wird in Universitätskreisen als unmittelbar bevorstehend beprochen. Dr. Bosse soll dem Vernehmen nach zum Nachfolger des kürzlich verstorbenen Präsidenten der Ober-Rechnungskammer ausgesucht sein.

Wadern. — Die nationalliberale Partei brachte am 8. d. M. in der Verfassungskommission der zweiten Kammer den Antrag ein, für die Wahlen der Abgeordneten der Städte und Kreise zur zweiten Kammer statt der indirekten Wahlen die direkten Wahlen einzuführen und außerdem 11 Abgeordnete durch die Kreisversammlungen der 11 Kreise wählen zu lassen. Für die Wahl der Abgeordneten der Städte und Kreise soll die relative Majorität entscheidend sein. Die Städte, die mehrere Abgeordnete zu wählen haben, sollen in Distrikte eingeteilt werden, in denen je ein Abgeordneter gewählt wird.